



Entwurf Koalitionsvertrag Thüringen 2020

zwischen den Parteien Die LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte zum Thema Suchtkrankenhilfe in den Schnittstellenthemen: soziale Gerechtigkeit, Behindertenhilfe, Gesundheitspolitik (Abhängigkeitserkrankung, Prävention, Gesundheitsversorgung, ÖGD und Vernetzung) und Justiz.

Sozial gerecht für alle

Die Koalition macht sich stark, den begonnenen Weg des Ausbaus und der Verstärkung der integrierten, strategischen und beteiligungsorientierten Sozialplanungsprozesse in Thüringen armutssensibel und konsequent fortzusetzen. Bei allen sozialpolitischen Entscheidungen wollen und werden wir das Subsidiaritätsprinzip achten.

Politik für Menschen mit Behinderungen

Die Koalition strebt an, den Thüringer Maßnahmenplan konsequent im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und diesen dynamisch fortzuentwickeln.

Die Koalition will die Umsetzung des BTHG umfassend begleiten. Eine flächendeckende Umsetzung der Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe in Thüringen ist uns dabei wichtig wie auch die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung. Die Koalition prüft, wie die Förderung von kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung in allen Kommunen ausgebaut werden kann.

Wir streiten für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensphasen.

Gesundheitspolitik

Die qualitativ hochwertige und ortsnahe Gesundheitsversorgung wollen wir weiterhin sicherstellen und ausbauen.



Dazu gehört unter anderem die Stärkung kommunaler Krankenhausträger nicht zuletzt durch die Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit. Gebietsgrenzen müssen überwunden werden dürfen. Die Bildung von Zweckverbänden wollen wir fördern.

Zeitgemäße Gesundheitsversorgung erfordert Investitionen in IT und eine verbesserte Digitalisierung der Krankenhäuser. Wir wollen den Ausbau digitaler Angebote im ambulanten und öffentlichen Bereich fördern und anstoßen.

Der öffentliche Gesundheitsdienst in Thüringen ist eine wesentliche Säule der gesundheitlichen Versorgung Thüringens, ihn wollen wir stärken. Er soll seine Aufgaben grundsätzlich subsidiär und sozialkompensatorisch wahrnehmen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist eine unverzügliche Novellierung des PsychKG geboten. Den sich aus der Rechtsprechung ergebenden personellen Aufwand im Rahmen des Vollzugs des PsychKG stellen wir sicher und gewähren den Betroffenen somit einen umfassenden Schutz.

Wir setzen uns dafür ein, den Maßregelvollzug in den verfassungsrechtlichen Normalzustand zu überführen. Den Beschäftigten im Maßregelvollzug bieten wir einen Übergang in den öffentlichen Dienst des Freistaats.

Wir setzen uns ein für eine gute psychiatrische Versorgung in Thüringen und legen dabei besonderes Augenmerk auf Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation aller Angebote und Strukturen.

Eine umfassende Arzneimittelsicherheit wie auch Medizinproduktesicherheit für die Thüringerinnen und Thüringer zu gewährleisten, hat unsere oberste Priorität. Um dies zu gewährleisten, stärken wir die personellen Ressourcen in diesem Bereich.

Rechte und Sicherheit von Patientinnen und Patienten sind uns wichtig. Wir wollen prüfen, wie wir diese stärken können.

Zur guten medizinischen Versorgung zählt auch die Apotheke im ländlichen Raum. Wir setzen uns für deren Erhalt ein.

Wir setzen auf eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten.



Wir setzen uns weiterhin für die Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums ein. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ein wissenschaftliches Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis auf den Weg zu bringen und uns dabei ggf. mit anderen Ländern und Kommunen zusammentun. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die kontrollierte Freigabe von Cannabis an Erwachsene gesetzlich zu ermöglichen. Im ersten Schritt werden die bereits jetzt bei beschlagnahmten Substanzen erhobenen Werte bzgl. Zusammensetzung und Wirkstoffgehalt veröffentlicht.

Angebote der Suchtprävention insbesondere Beratungs- und Vernetzungsangebote zum Thema Crystal Meth wollen wir ausbauen und verstetigen.

Ältere suchtabhängige Menschen nehmen wir mit in den Blick.

Insbesondere wollen wir die psychosoziale Betreuung von Schwangeren mit Abhängigkeitsproblematik unterstützen.

Für das Projekt Drug-Checking werden wir alle dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Gemeinsam haben wir in Thüringen eine Landesgesundheitskonferenz aufgebaut, um Gesundheitsförderung und Prävention voranzubringen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, verstetigen und weiter unterstützen.

Justiz

Wir werden das Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch und den Justizvollzug einer Evaluierung unterziehen und ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten, das den Vollzug und den Ausbau des professionellen Übergangsmangements (PÜMAS) zu einem flächendeckenden Angebot sowie die konsequente Stärkung der Gewalt- und Suchtprävention berücksichtigt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll auch die Situation der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste weiter verbessert werden.